



Vierteljähriger Abonnementstrix. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Post 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 192. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

## Deutschland.

Berlin, 24. April. [Amliches.] Se. Majestät der König hat dem Kriegsminister, Oberlehrer, Professor Buttman zu Prenzlau den Roten Adlerorden vierter Klasse; dem Schullehrer Krüger zu Steghorst im Kreise Viechtfeld den Adler des Jubiläums-Hausordens von Hohenzollern; sowie dem Schullehrer, Organisten und Küster Bölsen zu Landschaftspolder im Kreise Leit das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat den Ober-Zoll-Inspectoren Kreuschner zu Neustadt in Oberschlesien und Röder zu Königsberg, sowie den Ober-Steuer-Inspectoren von Skopnik zu Bibrich, Kienitz zu Münden, Steinbrecher zu Erfurt, Bamberg zu Salzwedel und Lehmann zu Crotzen den Charakter als Steuerath und den Haupt-Steuerath-Rendanten Schnee zu Berlin, Engel zu Frankfurt a. M. und Köhler zu Hannover, dem Haupt-Zollamts-Rendanten Hinze zu Hamburg, und den Bureau-Buchhaltern für das Rechnungswesen bei den Provinzial-Steuer-Direktionen, Schlichteisen zu Danzig und Maraszewski zu Berlin den Charakter als Rechnungsrath verliehen.

Se. Majestät der König hat die Stadtrichter Chirong, Dr. Hesekiel, Brauwetter, Bok, Hellhoff, Bossart, Heydel und Befeler in Berlin und Bniowier in Breslau zu Stadtgerichtsräthen, und die Kreisrichter Kleinow in Habelberg, Boltmann in Dahme, v. Schön in Potsdam, Schulz in Berlin, Geras in Arnswalde, Schmidt in Görlitz, Görde in Demmin, Schmidt in Prenzlau, Heiligenröder in Dramburg, Heyn zu Königsberg i. Pr., Störmer in Bartenstein, Störmer in Tapiau, Granda in Löben, Bischoff in Elbing, Haberling in Oels, Franzki in Habelschwerdi, Jänsch in Waldeburg, Dr. Harmening in Trachenberg, Hannemann in Waldeburg, Dr. Strahl in Canth, Dettmann in Haynau, Koschella in Neustadt O.S., Schober in Ratibor, Frhr. v. Strachwitz in Neisse, Baumgart in Myslowitz, Leuber in Larnowitz, Niedzielski in Wollstein, Gehrke in Grätz, Strahler in Schneidemühl, Koch in Nowrażlaw und Renz in Bromberg zu Kreisgerichtsräthen ernannt, sowie dem Kreisgerichts-Sekretär, Kanzlei-Director Troost in Landsberg a. W. bei seinem Übertret in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der Kreisrichter Frölke in Sensburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Johannisburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Johannisburg ernannt worden.

Der bisherige Seminarlehrer und commissarische Kreis-Schul-Inspector Christian August Burgdorf in Lüdern ist zum Kreis-Schul-Inspector im Regierungsbezirk Schleswig ernannt worden. Dem Oberlehrer Dr. Friedrich Kruse am Wilhelms-Gymnasium in Berlin ist das Prädicat „Professor“ beigelegt worden.

[Einberufung des Provinzial-Landtages von Posen.] Der König hat die Zusammenberufung des Provinzial-Landtages des Großherzogthums Posen zum 5. Mai d. J. nach der Stadt Posen genehmigt und den Ober-Präsidenten, Wirklichen Geheimen Rath Günther zu Posen zum Königlichen Commissarius, den Landrat und Rittergutsbesitzer Freiherrn von Unruhe-Bomst zu Wollstein zum Marschall und den Rittergutsbesitzer von Kurnatowski auf Pozarowo zum Stellvertreter des Marschalls für den erwähnten Provinzial-Landtag ernannt.

Berlin, 24. April. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Meldung des Generalmajors von Uthmann, Inspecteur der 1. Ingenieur-Inspection entgegen, empfing Se. Königliche Hoheit den Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher seine heute bevorstehende Abreise nach St. Petersburg melde, und hörte die Vorträge des Chefs des Civilcabinets, Wirklichen Geheimen Raths von Wilkowsky, und des Chefs des Militärcabinets, Generaladjutanten von Albedyll. Um 2 Uhr Nachmittags begab Se. Majestät sich in das Zeughaus, um Pläne und Modelle des daselbst im Werke befindlichen Neubaus in Augenchein zu nehmen. Zwischen 4 und 5 Uhr hörte Se. Majestät den Vortrag des Staatssekretärs, Staatsministers von Bülow.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern in der Kaiserin-Augusta-Stiftung zu Charlottenburg anwesend.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] begleiteten gestern Morgen um 8½ Uhr Se. Königliche Hoheit den Prinzen Wilhelm bei dessen Abreise nach dem Anhalter Bahnhofe. Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz nahm darauf die Meldungen des Contre-Admirals Batsch sowie anderer Offiziere entgegen. Abends besuchten die Höchsten Herrschaften die Vorstellung der italienischen Oper in Kroll's Theater.

(Reichskanz.) [Militair-Wochenblatt.] Linde, Pr.-Lt. vom Oberschles. Feld-Art.-Regt. Nr. 21, unter Beförderung zum Hauptmann und unter Belassung zur Dienstleistung bei dem großen Generalstab, à la suite des Generalstabes der Armee gestellt und in den Nebenstab des großen Generalstabes versetzt. v. Brandenberg-Ludwigsdorf, Sec.-Lt. vom Schles. Ulan.-Regt. Nr. 2, zum Pr.-Lt. befördert. Frhr. v. Stosch, Pr.-Lt. vom Schles. Ulan.-Regt. Nr. 2, unter Belass. in dem Commodo. als Adjut. der 10. Cav.-Brig. in das Litthau. Ulan.-Regt. Nr. 12 versetzt. Günther, Sec.-Lt. vom 1. Pomm. Ulan.-Regt. Nr. 4, in das Schles. Ulan.-Regt. Nr. 2 versetzt. Richtsteig, Pr.-Lt. a. D. zuletzt von der Inf. des 2. Bataill. (Muskau) 1. Westpreuß. Landw.-Regt. Nr. 6, der Charakter als Hauptm. verliehen. Hildebrand, Unterarzt vom 4. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 63, mit Wahrnehm. einer bei dem Regt. vacante Assistent-Arzttelle beauftragt.

○ Berlin, 24. April. [Graf Stolberg.] Das „Journal des Débats“ und Fürst Bismarck. — Berlin-Stettiner Bahn. — Truppenübungen. — Beförderung von lebenden Thieren auf Eisenbahnen.] Der Aufenthalt des Grafen Stolberg in Wien wird sich aus naheliegenden Gründen noch eine Zeit verlängern müssen. Die daran bereits geknüpften Gerüchte über veränderte Entschlüsse des Grafen, bezüglich seiner künftigen Stellung sind jedenfalls grundlos. — Das „Journal des Débats“ hatte in seinem vielversprochenen Artikel vom 16. April, welcher die deutsche Politik antreten sollte, Russland zur Unterwerfung unter das europäische Vertragsrecht zu nötigen, auch eine Kritik an einer Reihe politischer Neuverfassungen des Fürsten Bismarck geübt. Das Blatt fand, daß diese geflügelten Worte neuerdings nicht mehr wie früher die Eigenschaft zeigten, die wahre Lage der Dinge glücklich zu treffen und zu beleuchten. Deutsche clerical Blätter haben selbstverständlich diese Kritik angezeigt und namentlich das „bischöflichen Herzogswina“, das seiner Zeit bereits von der „Reichsglocke“ nach Kräften ausgebeutet worden, sich abermals nicht entgehen lassen. Die „Post“ erwirkt sich in ihrem gestrigen Leitartikel das Verdienst, die Ausstellungen des französischen Blattes an der Hand der Thatsachen und der politischen Gesamtlage zurückzuweisen und die volle Berechtigung der angewiesenen Neuverfassung des Fürsten Bismarck darzuthun. Das Blatt läßt sich die späte, aber nicht verpätete Mühe nicht verbrießen, zu zeigen, daß das „bischöflichen Herzogswina“ eine Neuverfassung der Fronie, aber nicht der gemüthlichen Unbesorgtheit gewesen. — Die „K. H. Z.“ läßt sich aus Berlin schreiben, die Verhandlungen wegen Verkaufs der

Berlin-Stettiner Eisenbahn seien mit großem Eifer wieder aufgenommen worden; wie wir vernehmen, ist an dieser Nachricht kein wahres Wort. — In Bezug auf die durch Cabinetsordre vom 15. April angeordneten diesjährigen großen Truppenübungen wird Folgendes von allgemeinem Interesse sein: das 11. und 15. Armeecorps haben große Herbstübungen vor dem Kaiser; befußt 13-tägiger Übungen im Brigade- und Divisionsverband sind unter dem Commando des Generalmajors v. Drigalski, Commandeur der 2. Cavallerie-Brigade, auf dem rechten Ufer der Weichsel folgende Truppenheile zusammenzuleben: das Ostpreuß. Kürassier-Regiment Nr. 3, das Dragoner-Regiment Nr. 1, das Litthauische Ulanen-Regiment Nr. 12, das Leib-Husaren-Regiment Nr. 1, das Ostpreußische Ulanen-Regiment Nr. 8, das Pommersche Husaren-Regiment Nr. 5, die reitende Abtheilung des Ostpreußischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 1. Im Juli d. J. sollen bei Mainz auf dem Rhein eine größere Pionierübung in der Dauer von 3 Wochen stattfinden; während des Sommers findet beim Militär-Reitinstut eine Übung zur Zerstörung von Schienengeleisen und Telegraphen-Leitungen statt. — Am 10., 11. und 12. April ist im Reichs-Eisenbahn-Amt ein Entwurf von Bestimmungen über die Versendung und Beförderung von lebenden Thieren auf Eisenbahnen zwischen Eisenbahnsachmännern und Veterinärbeamten, die von mehreren Bundesregierungen committirt waren, in Beratung gezogen worden. Der Entwurf, vor dessen Aufführung das Reichs-Eisenbahn-Amt ausgedehnte Erhebungen veranlaßt, namentlich Neuverfassungen aus interessirten Kreisen der Landwirtschaft, der Viehverfender und des Handelsstandes überhaupt eingeholt hatte, enthält Bestimmungen über die für die Verladung erforderlichen Anlagen, über die Beschaffenheit der Wagen, über die Art der Verladung, ferner über die Beförderung des Viehs, also Viehzüge, Fahrgeschwindigkeit, Tränkung, Rangiten der Wagen, Begleitung, Beleuchtung der Wagen u. s. w. Wie wir hören, hat der vorgelegte Entwurf bei der Beratung mit unwesentlichen Modificationen allzeit Zustimmung gefunden und unterliegt nunmehr der Beschlusssfassung des Bundesrats.

= Berlin, 24. April. [Dauer der Reichstagssession. — Commissionsbericht über die Gewerbe-Novelle. — Antrag Korsten. — Krug v. Nidda.] Der Streit über die mögliche Dauer der Reichstagssession, welchem man in vielen Blättern begegnet, erscheint ziemlich hinfällig, da man im Großen und Ganzen hier von Zusälligkeiten abhängt. Es wird sich fragen, ob und in wie weit die Regierung noch weitere Vorlagen von principieller Tragweite einbringt; nach ziemlich untrüglichen Zeichen scheint sie davon abkommen zu wollen; das vorhandene Material ist in etwa 4 Wochen gut zu erledigen, ohne daß eine der wichtigen Vorlagen liegen zu bleiben braucht. Nunmehr ist auch der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung erschienen und wird voraussichtlich schon morgen in den Händen der Abgeordneten sein. Aus dem von Abg. Dr. Gensel erstatteten Bericht geht hervor, daß die Commission in Gegenwart der Herrn Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann und Geh. Reg.-Rath Nieberding den Entwurf in erster Lesung in 5, und in zweiter in 2 Sitzungen berathen hat. Als einen Gesichtspunkt von allgemeinerer Bedeutung, welcher im Laufe der Beratungen hervortrat, hebt der Bericht Folgendes hervor: „Mehrere Mitglieder der Commission erklärten, daß sie die gegenwärtige Novelle zur Gewerbeordnung lediglich als eine erste Abschlagszahlung gelten lassen könnten, daß sie aber, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu erschweren, ihre weitergehenden Wünsche, soweit sie nicht in untrennbarem Zusammenhange mit der Vorlage stünden, nicht hier zum Ausdruck bringen wollten, vielmehr sich vorbehielten, selbstständige Anträge an das Plenum zu richten. Bezuglich eines Gegenstandes — des Schanz-Concessionswesens — wurde zwar am Schlusse der ersten Lesung von einem Mitgliede eine Resolution beantragt, doch fand der Antrag von dem so eben dargelegten Gesichtspunkte aus mehrseitigen Widerstreit, auch von solchen Mitgliedern, die sich dem Inhalte nach damit einverstanden erklärten, und es wurde dieselbe schließlich, wenn auch mit geringer Mehrheit, abgelehnt. Ebenso wenig hat die Commission auf den Inhalt der ihr überwiesenen Petitionen, soweit der selbe nicht mit der Vorlage in unmittelbarem Zusammenhange steht, für jetzt näher eingehen zu sollen geglaubt. Sie behält sich vor, über die sonstigen darin behandelten Gegenstände nach Umständen besonders Bericht zu erstatten. Andererseits wurde aus dem nämlichen Gesichtspunkte die Ausscheidung einer in der Vorlage enthaltenen Materie — der Beschäftigung von Kindern in der Haushaltung — beantragt, dieser Antrag jedoch abgelehnt.“ — Die Commission beantragt mit der Annahme ihrer Beschlüsse folgende Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu erufen, daß er über die Beschäftigung von Kindern und von jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren in der sogenannten Haushaltung, sowie über die geeigneten Mittel, den dabei vorkommenden Unzuträglichkeiten abzuheben, Erörterungen anstellen und dem Reichstage eine Vorlage darüber zugehen lasse.“ — Zu dem Gesetzentwurf über den Gewerbebetrieb der Maschinisten auf Seeadampfschiffen hat der Abg. Dr. Karsten folgenden Antrag soeben eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: I. An Stelle des einzigen Paragraphen der Regierungsvorlage folgende Paragraphen zu setzen: § 1. Maschinisten auf Seeadampfschiffen müssen sich über den Besitz der erforderlichen Kenntnisse durch ein Besfähigungszeugnis der zuständigen Verwaltungsbehörde ausweisen. Haben dieselben beim Inkrafttreten dieses Gesetzes auf Seeadampfschiffen bereits gesfahren, so sind sie berechtigt, von der zuständigen Verwaltungsbehörde ohne Ablegung einer Prüfung ein Zeugnis zu verlangen, welches sie befähigt, ihren Gewerbebetrieb in dem bisherigen, durch das Zeugnis festzustellenden Umfange auszuüben. Im Uebrigen finden die Bestimmungen, welche die Gewerbeordnung für Seeleute über den erforderlichen Nachweis der Besfähigung trifft, auch auf die Maschinisten Anwendung. — § 2. die Untersuchung der Seemannschaft durch die Seeämter erstreckt sich nach Maßgabe der Bestimmungen, welche das Gesetz, betreffend die Untersuchung von Seeunfällen, vom 27. Juli 1877 für Seeleute trifft, auch auf die Verschuldungen der Maschinisten. Auf Antrag des Reichs-Commissars kann, wenn sich ergibt, daß ein deutscher Maschinist den Untfall oder dessen Folgen durch den Mangel solcher Eigenschaften, welche zur Ausübung seines Gewerbes erforderlich sind, verschuldet hat, demselben durch den Spruch des Seeamtes die Befugnis zur Ausübung seines Gewerbes entzogen werden. II. Im Falle der Ablehnung des

Antrages sub I dem Regierungsentwurfe als besonderes Alinea hinzuzufügen: Alinea 2 des § 1 sub I.“ — Ministerialdirektor im Handelsministerium und Chef der Bergabtheilung Krug von Nidda, welcher, wie bekannt, seinen Abschied erbetet und erhalten hat, tritt erst am 1. Juli von den Geschäften zurück, sein Nachfolger ist noch nicht ernannt.

■ Berlin, 24. April. [Das Zoll- und Steuerprogramm in der Regierung.] Die Freunde des Monopolsystems scheinen wenig Zuversicht in die Mitwirkung des Finanzministers Hobrecht bei den Vorbereitungen für die Durchführung des Tabaksmonopols zu haben. Aus den Neuverfassungen derselben soll nämlich hervorgehen, daß er sich zwar in Übereinstimmung mit der vom Fürsten Bismarck projectirten Steuer- und Zollpolitik befindet, daß er aber speziell das Tabaksmonopol eben so wie der Reichskanzler als ein Ideal betrachtet, dem, wie allen Idealen, viele Hindernisse bis zu seiner praktischen Ausführung im Wege stehen. Die dem Finanzminister nahestehenden Fachmänner heben nun hervor, daß das Mehr der erforderlichen Steuereinnahmen des Reichs auf rund 100 Millionen Mark gebracht werden müsse und daß gleichzeitig die Aufhebung der Salzsteuer zu beantragen sei, für welche Maßregel bereits die Gesamtheit der Salzproducenten mit einer Petition an den Reichstag eingetreten ist. Es wird weiter angeführt, daß keine rationale Steuerreform ohne Aufhebung der Salzsteuer möglich wäre. Sie sei geradezu eine Kopfsteuer, denn auf den Kopf der Bevölkerung fallen ca. 15 Pfund pro Jahr, was bei einer Arbeiterfamilie von 5 Köpfen 75 Pfund, soweit bei einer Steuer von 6 M. pro Centner, 4,50 M. beträgt. Eine so schwer lastende Steuer sei um so ungerechtfertigter, als Deutschland an Salz so reich ist, wie kein anderes Land. Wenn nun die neuen Steuererträgnisse auf 100 Millionen Mark gebracht werden und durch die Beseitigung der Salzsteuer 36 Millionen Mark in Wegfall kommen, so blieben 64 Mill. Mark übrig, womit die Matrikularkräfte auf ein verständiges Maß zurückgeführt werden könnten. Nun nehmen die Freunde des Herrn Hobrecht an, daß mit einer mäßigen Erhöhung der Steuer auf Tabak 30 Mill. M. leicht aufzubringen seien. In demselben Verhältnisse sollen durch die theilweise Wiedereinführung der Eisenzölle 20 Mill. Mark mit Bequemlichkeit erzielt werden. Die fernern Objekte der Besteuerung bilden in dem Programm des Finanzministers Hobrecht Holz, Petroleum, Getreide, Bier u. a. Außerdem soll die Malzsteuer im Norden auf die Höhe der in Bayern bestehenden gebracht werden, während die Branntweinsteuer, wie sie im Norden besteht, im Süden eingeführt werden soll. Die Zollreform würde nach dieser Ausfassung nicht vollständig sein, wenn sie Baumwollgarne und Gewebe, so wie Leinengarne und Gewerbe ausschließen möchte. Genug, die Freunde des neuen Finanzministers hegen die Zuversicht, daß man, obwohl das Monopolystem vorläufig anzunehmen, aus wertvollen Producten und Halbsäftraten des Auslandes weitere 25 Mill. Mark erzielen kann.... Indem wir dieses Zoll- und Steuerprogramm ohne Kommentar mittheilen, wollen wir an dieser Stelle nur dem Zweifel Raum geben, daß die gegenwärtige Reichstagssmehrheit diesen Projecten ihre Zustimmung geben wird. Unter vielen hier lebenden Abgeordneten glaubt man, daß in dieser Legislaturperiode kaum mehr damit ein Versuch gemacht werden kann, wenn der Reichskanzler nicht einem Conflict zutreiben und das Parlament aufzulösen will. In seiner Umgebung nimmt man indessen nicht an, daß er diesen Gedanken hegt und seine neuen Minister, die allerdings zur Durchführung seines Programms berufen worden sind, werden sich gleichfalls nicht bereitstellen, die schon bestehende parlamentarische Krise zu einer Katastrophe zu drängen.

[Brieffendungen z. für S. M. S. „Leipzig“] sind von heute ab bis auf Weiteres nach Yokohama, diejenigen für S. M. S. „Ariadne“ nach Sidon zu dirigieren.

Darmstadt, 24. April. [Prinz Wilhelm von Preußen] ist heute Vormittag zum Besuch des großherzoglichen Hofes hier eingetroffen und wird auch zum morgenden Geburtsfest der Frau Großherzogin noch hier verweilen.

Rottweil a. N., 22. April. [Affaire Wirth.] Man schreibt der „Fr. Ztg.“: „Die Affaire des Reichstagabgeordnete Wirth ist, wie aus Ihrer Mittheilung zu ersehen, ziemlich entstellt in die öffentliche Gedenkzeit gedrungen. Gestatten Sie mir, das Thatsächliche in folgender Weise festzustellen: Wirth ist nicht Amtsrichter in Rottweil, sondern in Oberndorf, er vertritt nicht den Wahlkreis Rottweil, sondern Oberndorf-Sulz-Freudenstadt, er ist nicht wegen Unterschlagung, sondern wegen falscher Beurkundung und Beleidigung (eines Offiziers) verwiesen, auch befindet sich derselbe in den besten finanziellen Verhältnissen. Der Fall gelangt am 26. d. Ms. vor dem hiesigen Kreisgericht zur Urteilshandlung.“

## Schweiz.

# Zürich, 21. April. [Der Geburtstag der neuen Bundesverfassung. — Zur Gold- und Silberfrage. — Warnung des schweizerischen Consuls in Marseille. — Militärisches. — Delegiertenversammlung des Volksvereins in Langenthal. — Aus Tessin und Wallis. — Die Antwort des Bundesraths an den Papst und die ultramontane Presse.] Geburtstage müssen gründlich gefeiert werden; der 19. April aber, an welchem vor vier Jahren die neue Bundesverfassung vom Schweizervolk angenommen wurde, ist wenig beachtet worden. Daran sind wohl die schlechten Zeiten Schuld mit ihrer Geschäftslösigkeit und ihren Eisenbahnkraken, besonders auch mit der ungemeinlichen Spaltung, welche die Frage der Bundessubvention für die Gotthardbahn in die Schweizer geworfen hat. — Einer Einladung der Regierung in Washington, sich an einer Conferenz, welche das Verhältnis zwischen Gold und Silber bestimmen soll, zu beteiligen, will der Bundesrat Folge leisten. Möge er den Herren Yankees ihren edlen Vorsatz durchkreuzen, die Welt mit falschem Silber zu betrügen! Europa verbittet sich die unendliche Habgier der Dollarjäger, für welche Ciceros Wort geschrieben ist: „Es gibt keine abscheulichere Staatsverfassung, als die, in welcher die Reichstümer für die Besten gelten.“ — Auf Ersuchen des schweizerischen Consuls in Marseille erklärt der Bundesrat eine Warnung gegen leichtsinniges Durchkreisen, weil der Consul und der schweizerische Hilfsverein ihre reichliche Not und Pflege haben, eine Menge arbeitsloser Schweizer zu unterstützen und heimzubefordern. — Aus dem Abschnitt „Militärdepartement“ des hundesrathlichen Rechenschaftsberichts für 1877 ersieht man, daß

das ebdigen Heer im Auszug 120,077 und in der Landwehr 91,919 Mann stark ist. Der Vorrath an Munition für die Handfeuerwaffen beträgt etwa 20 Mill., für die Artillerie nahezu 100,000 Stück. Die Zahl der Handfeuerwaffen ist etwas über 300,000, darunter die gute Hälfte Repeitwaffen. Die reinen Ausgaben des Militärdepartements beliefen sich auf fast 11½ Mill. Fr., die zur größeren Hälfte für den Unterricht verwendet wurden. Seit der Einführung der neuen Militärorganisation hat das Heer bedeutende Fortschritte gemacht; der Bericht beklagt nur, daß die Zeit des Recrutenunterrichts zu kurz ist und daher die praktische Anwendung der Kenntnisse noch unbefriedigend bleibt. — In Langenthal waren 71 Abgeordnete des schweizerischen Volksvereins und 30 sonstige Theilnehmer versammelt. Es handelte sich um den Antrag des Comités, in die sociale Frage einzutreten. Nationalrat Frei als Berichterstatter erörterte die Nothwendigkeit sozialer Reformen, da das nackte Manchesterum nicht mehr genüge; der Staat und die Fortschrittspartei müßten sich der arbeitenden Klassen annehmen, welche sonst vereinzelt auf Abwege gerietzen und sich wohl gar von Conservativen und Ultramontanen absangen ließen. Nachdem sich verschiedene Redner vernehmen lassen, wurde das Actions-Programm des Comités in folgender Fassung angenommen, auf welche freilich die eigentlichen Socialisten mit Verachtung herabblicken werden: „Aufführung in Wort und Schrift über die bestehenden sozialen Verhältnisse und deren Nebenstände, über die Bestrebungen der verschiedenen sozialen Parteien und über die Nothwendigkeit, im allgemeinen Interesse Zustände herbeizuführen und Einrichtungen zu schaffen, welche die geistige, stiftliche und ökonomische Hebung des Volkes bewirken.“ — Beförderliche Ausführung des Art. 27 der Bundesverfassung, betreffend die Volkschule. Anbahnung des unentgeltlichen Unterrichts auf allen Stufen der öffentlichen Bildungsanstalten. Errichtung von Fortbildungs- und Berufsschulen. Bessere Vorsorge von Staatswegen für das physische Gedehnen der aufwachsenden Jugend. Weiterentwicklung der sanitären Gesetzgebung. Verschärfung der Gesetzgebung und der Kontrolle über den Verkauf von Lebensmitteln und über den Verkauf und die Vermietung von Wohnungen. — Ausbildung der Steuergesetzgebung im Sinne der Entlastung des geringeren Einkommens. — Ungeschmälterer Volzug des Fabrikgesetzes. — Unterstützung des Genossenschaftswesens. — Gleichzeitige Regelung des Lehrlingswesens zur Hebung des Handwerks. — Errichtung allgemeiner Versicherungsanstalten für unentgeltliche Kranken- und Altersversorgung. — Gleichzeitige Erlasse gegen den Bucher, den Acten- und Börsenschwindel (aber ohne Wiederherstellung der alten Buchergesetze). — Ausbildung der Eisenbahngesetzgebung im Sinne der Intervention des Bundes. (Das Comité hatte „Rücklauf“ der Eisenbahnen durch den Bund vorschlagen; ein Antrag fiel auf „Erwerbung“, da nicht der Kostenpreis, sondern nur der jetzige Wert vergütet werden könnte.) — Errichtung einer Landeskasse mit Notenmission. — Schutz der Auswanderer. — Unterstützung der Bestrebungen des schweizer. Vereins für die Reform des Gesangnwesens; Einführung von Schnauftschreibvereinen für entlassene Straflinge und Regelung der Gesangsnarbeit. — Bearbeitung der einzelnen Programmpunkte durch Sachverständige. — Die Tessiner Pfaffenwirtschaft ist grob, der Bundesrat aber noch größer. Im großen Rathe machte die Regierung die Mittheilung, der Bundesrat habe sich über das neue Lehrerbesoldungsgesetz (welches die schlechte Lage dieser Parias noch verschlechtert und sie gänzlich der Geistlichkeit ansteht) zu unterrichten verlangt und die Regierung habe, obwohl nach ihrer Ansicht dieses Begehren nicht verfassungsmäßig correct gewesen, die gewünschten Ausschlüsse ertheilt. Nun erklärte der Bundesrat dieses Gesetz als keineswegs in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung und spreche daher den Wunsch aus, es möchte demselben keine Folge gegeben werden. Die Regierung beantragte nun, die zweite Lesung des Gesetzes nicht vorzunehmen. Der Gegenstand wurde an eine Commission gewiesen. — Die Regierung von Wallis erließ Verfügungen über Aufbesserung des Voltschulwesens; sie fürchtet, daß der Bund seine lange Hand hereinstrecke. — Die ultramontane Presse ist stiftlich entrüstet über die Antwort des Bundes-Raths an den neuen Papst. Weil der Bundesrat keine Plätschreise nach Canossa machen will, ruft z. B. die „Schwyzer Ztg.“ aus: „Schame Dich der Lüge, Bundesrat!“

### Frankreich.

○ Paris, 22. April. [Republikanischer Wahlsieg in Bellac.] — Zur Affaire von Belfort. — Die Lügen über die Düsseldorfer Reise de St. Vallier's. — Zur Ausstellung. Gestern ist im Arrondissement Bellac eine Stichwahl für die Deputiertenkammer vollzogen worden. Wie es sich erwarten ließ, hat der republikanische Kandidat den Sieg davongetragen. Bei dem ersten Wahlgang, am 7. April, erhielt der reactionäre Lezaud, dessen Wahl von der Kammer für ungültig erklärt worden, 6340 Stimmen, sein republikanischer Gegner Leubuze 6534 und ein anderer Republikaner, Lanignére, 2657 Stimmen. Bei der gestrigen Wahl fielen die Stimmen des Letzteren auf Leubuze, welcher somit 8620 Stimmen erhielt, während dem invaliden Lezaud nur 6708 Stimmen zustießen. Im Uebrigen bieten die Nachrichten aus dem Gebiete der inneren Politik anhaltend wenig Interesse. Die Affaire von Belfort wird weiter besprochen, und sie hat ein Nachspiel gefunden. In Chatellerault sind, wie es scheint, vier Offiziere von den Listern der Territorial-Armee gestrichen worden, weil sie sich durch ihre republikanische Gesinnung mißliebig gemacht hatten. Das Alles wird ohne Zweifel bei der Rückkehr der Kammern zur Discussion kommen und der Kriegsminister wird sich darüber zu erklären haben, ob wirklich nicht andere als politische Gründe für die Bestrafung dieser Offiziere maßgebend gewesen sind. — Eine offiziöse Note der „Agence Havas“ nimmt den Botschafter in Berlin, Grafen de Saint-Vallier, gegen gewisse Anklagen in Schutz. Ein hiesiges Abendblatt hatte behauptet, der Minister des Auswärtigen werde über eine Reise Saint-Valliers nach Düsseldorf interpellirt werden. Der Botschafter, so versicherte das genannte Blatt, sei nach Düsseldorf gegangen, um sich dort mit Gambetta zu besprechen. Die reactionäre Presse wird aber nicht müde, die verlängerte Abwesenheit Gambettas zu commentiren und die gewagtesten Schluss-Folgerungen an dieselbe zu knüpfen. — Nach der „Agence Havas“ hat Herr M. Saint-Vallier seinen Posten in Berlin nicht verlassen; die erwähnte Interpellation wird also gegenstandslos. — Im Publikum läuft die Ausstellung mehr und mehr allen politischen Tagesfragen den Rang ab. Man vernimmt mit Genugthuung, daß der König Humbert im Monat Juni auf eine Woche nach Paris kommen wird, dagegen scheint es, daß die Blätter fälschlich den Besuch einiger deutscher Fürsten und Prinzen in Aussicht gestellt hatten. Die Ausstellung wird einige heimliche Reminiszenzen an die Ausstellung von 1867 darbieten. So ist ein Theatredirector auf den wunderlichen Einfall gerathen, die Offenbach'sche Duchesse de Gerolstein wieder in Scen zu setzen und für die Hauptrolle die alte Darstellerin, Fr. Schneider, die sich gebührenden Mahnen in den Ruhestand zurückgezogen hatte, wieder zu entgagten. Dagegen scheint es nicht, als ob man die Idées de Madame Aubray des jüngeren Dumas, die im Jahre 1867 Furore machten, neuerdings auf die Bühne bringen wollte. Zur Entschädigung dafür werden die Fremden Em. Augier's „les Fourchamb-

bault“ sehen, und Alles in Allem dürften sie sich nicht zu beklagen haben. Wenn man die Zeitungen von 1867 zu Rate zieht, entdeckt man allerlei Analogien zwischen den Vorbereitungen zur damaligen Ausstellung und denjenigen zur gegenwärtigen. Es fehlt sogar zu jener Zeit nicht an einem Strike, wie er heute unter den Buchdruckern ausgebrochen. Nur waren es damals nicht die Buchdrucker, sondern die Coiffeure, welche die Arbeit eingestellt hatten, und die Pariser wurden dadurch viel härter betroffen. Man fragt sich, ob die Ausstellung von 1878 auch das Signal zu einer Revolution der Mode geben wird, wie dieselbe von 1867, welche den Untergang der Crinoline herbeiführte. Wer weiß, ob nicht das internationale Turnier dieses Jahres uns eine neue radicale Umwälzung dieser Art vorbehält? Inzwischen jammern die Pariser und nicht ohne Grund, über die Theuerung der Lebensmittel, die schon im großartigen Maßstab begonnen hat. Die Restaurateure entschuldigen sich damit, daß sie an den Fremden, welche die Franzosen in Wien, Philadelphia u. s. w. über Gebühr geschaubt haben, eine Revanche nehmen müssen. Bedenfalls handeln sie unlogisch, indem sie die Revanche an den Parisiern selber nehmen.

○ Paris, 23. April. [Gambetta.] — Herr de Chenevières und die Bildhauer. — Vera Saffoulitch. — Der Mörder der Milchfrau Gillet. [Die „Gazette de France“ und die gleichgesinnten Blätter werden endlich ihre Gemüthsruhe wiederfinden, denn die „République française“ zeigt an, daß der abhanden gekommene Gambetta gestern wieder in Paris eingetroffen ist. Sie hält es leider nicht für nötig, den besagten Blättern nachträglich mitzuhören, wo denn eigentlich Gambetta während dieser letzten Woche gewesen ist. Dagegen erklärt sie, daß der Führer der republikanischen Mehrheit auch künftig, wenn die Gelegenheit sich bietet, von seinem Recht als Mensch und Bürger Gebrauch machen werde, seine Erholungszeit zu verleben, wo es ihm gefällt, ohne den Reportern der reactionären Presse seine Adresse zu geben. Unterdessen war dem „Moniteur“, welcher zu denjenigen gehörte, die am unruhigsten dem verlorenen Deputierten nachspürten und die am eifrigsten seinen Aufenthalt in Berlin commentirten, bereit von dem eigenen Berliner Correspondenten aufs klügste versichert worden, daß Gambetta mit keinem Fuße die Stadt Berlin betreten habe, und daß diejenigen, welche von einer etwaigen Abreitung Lothringens gesabotet haben, für das Narrenhaus reif seien. Der „Moniteur“ schließt sich denn auch dieser Ansicht an und er staunt nachträglich umso mehr über ein so wunderliches Gerücht, da nach seiner Meinung eine freundliche Abtreitung Lothringens einen nicht minder definitiven und freundlichen Verzicht auf Elsaß seitens Frankreichs zur Folge haben müßte. „Aber, schließt der „Moniteur“, nach dem Schmerz, von Frankreich getrennt worden zu sein, könnte es für unsere ehemaligen Landsleute im Elsaß nichts schmerlicheres geben als das Gefühl von dem ehemaligen Vaterlande frei und freiwillig Deutschland überlassen zu sein.“ Der Director der schönen Künste, Marquis de Chenevières, ist gelegentlich der Weltausstellung in einen Streit mit den französischen Bildhauern gerathen. Dieser Herr, der sich immer willkürlicher gebeertet, war auf den merkwürdigen Einfall gekommen, die Werke der genannten Künstler, Statuen, Gruppen, Büsten u. s. w. nicht in besonderen Sälen und innerhalb der für die schönen Künste bestimmten Abtheilung unterzubringen, sondern sie an den Außenwänden dieser Abtheilung aufzustellen resp. sie in die Säle der Industrie-Abtheilungen, ja selbst der Maschininenabtheilung zu verteilen. Es blieben zwar zwei Säle verfügbar, aber in diesen wollte der Marquis de Chenevières eine gewisse Anzahl von Portraits berühmter und beliebter Persönlichkeiten, die natürlich fast sämmtlich der antirepublikanischen Partei angehörten, unterbringen. Es lag da also offenbar eine politische Tendenz vor, und um so mehr waren die Künstler zu einem Protest berechtigt, zu welchem sie schon die Sorge für ihre Kunstwerke berechtigte. Es hat aber Mühe kostet, den Eigenen des Herrn Marquis zu brechen, und erst nach wiederholten Beschwerden des Herrn Guillaume, des Directors der Kunsthalle, beim Unterrichtsminister und nachdem die ganze Jury für die Bildhauerabtheilung mit ihrer Entlassung gedroht hatte, mußte Herr de Chenevières einem höheren Befehle weichen. Die Bildhauer werden also ihre besonderen Säle haben und sie laufen nicht Gefahr, ihre Marmormerke in einem schädlichen Lichte, im Staube, ja selbst im Wind und Regen ausgestellt zu sehen. — Unter den Personen, welche vor einem Monat ihrer Verbindung mit der Internationale wegen verhaftet wurden, befand sich bekanntlich eine Russin, Frau Konchhoff. Dieselbe ist nicht wieder in Freiheit gesetzt worden, und in den letzten Tagen verbreitete sich das Gerücht, sie solle der russischen Regierung ausgeliefert werden. Diese Nachricht verursachte bei einem Theile des Publikums eine gewisse Aufregung, um so mehr als die Geschichte der Vera Saffoulitch auch hier einen starken Eindruck hinterlassen hat. Es wird jedoch heute den Blättern mitgetheilt, daß jenes Gerücht aus der Lust gegriffen ist, daß die Auslieferung nicht erfolgen wird und von russischen Botschaft nicht verlangt worden ist. Die Zeitungen sind noch voll der Vera Saffoulitch und man ist sehr geneigt zu dem Glauben, daß das Abenteuer dieser russischen Charlotte Corday, wie wie man sie nicht mit vollem Recht nennt, auf die Entwicklung der orientalischen Frage entschieden Einfluß üben könnte. Die „Debats“ widmen heute Vera Saffoulitch ihren ersten großen Leitartikel, worin sie unter Anderem aus dem Ereigniß die Moral ziehen, daß die europäischen und civilisatorischen Ideen in ihrer plötzlichen Anwendung auf die Russen gewirkt haben, wie das Feuerwasser auf die Eingeborenen von Nordamerika und daß sie für Rusland eine Art Zerstörungswerzeug geworden sind. — Dem französischen Mittelmeergeschwader ist wieder ein Unglücksfall begegnet. Aus Toulon wird gemeldet, daß bei einer Übung der Kreuzer „Infernol“ mit den Panzerschiffen „Provence“ und „Mugnair“ zusammengestoßen und stark beschädigt worden sei. — Die Mörder der Milchhändlerin Gillet sind nun in den Händen der Justiz. Der Hauptthalter, ein sog. Geschäftsagent, Namens Barré, ein junger Mensch von 24 Jahren, ist des Verbrechens gesändig. Der Beweggrund desselben war der Diebstahl. Die der Ermordeten gehörigen Werke sind schon bei verschiedenen Banquiers aufgefunden worden. Man hat sodann auch den Leichnam, von dem bekanntlich bisher nur die zwei Arme gefunden waren, vollständig entdeckt und zwar auf dem Bahnhofe zu Mans in einem Koffer, welchen ein Reisender dort hatte stehen lassen.

### Provinzial-Bestellung.

\* Breslau, 25. April. [Städtische Bank.] Wie die „Berl.-Börs-Ztg.“ meldet, hat der Bundesrat die Befugnis zur Notenausgabe für die Breslauer städtische Bank bis 1. Januar 1891 verlängert, ohne die Zustimmung des Reichstages vorzubehalten.

# Breslau, 25. April. [Postalisch.] Die von dem General-Postmeister in der 35. Plenarsitzung des deutschen Reichstages am 12. d. M. geschafft Gründung, daß nach einem mit Österreich-Ungarn getroffenen Abkommen dieses Land noch im laufenden Jahre sich dem deutschen Fahrrposttarif in Bezug auf Bodel- und Werbeseindungen anschließen werde, ist namentlich für unsere Provinz, welche in einer Ausdehnung von 772 km

— 104 geographische Meilen — an Österreichische Landesheile grenzt, höchst der größten Bedeutung. Das Porto für Packsendungen nach Österreich ist im Vergleich zu der nach dem Gesetz vom 17. Mai 1873 innerhalb des Deutschen Reichspostgebietes festgesetzten Taxe sehr hoch und übersteigt in einzelnen Fällen die Letztere um das Fünffache. So beträgt z. B. das Porto für eine 5 k schwere Sendung nach einem 80 Meilen entfernten österreichischen Ort 2 M., bei einer Entfernung von 120 bis 140 Meilen sogar M. 2,50, während im Reichspostgebiet Packete bis zum Gewicht von 5 k auch auf die weiteste Entfernung nur M. 0,50 kosten. — Ein ähnliches Verhältnis findet hinsichtlich der Geldbriefe statt: ein Geldbrief von Breslau nach Wien mit 3000 M. Inhalt, für welchen gegenwärtig M. 2,40 an Porto zu entrichten ist, wird künftig entsprechend den im internen Deutschen Verkehr geltenden Taxen nur 90 Pf. kosten. — Die Ausführung der in Aussicht stehenden, wie nachgewiesen, so bedeutenden Portoermäßigung wird auf den Geschäftsvorlehr sowohl Deutschlands als Österreichs einen günstigen Einfluß ausüben, und ganz besonders gilt dies für unsere Provinz, welche mit Rücksicht auf ihre geographische Lage in den engsten Geschäft- und Familien-Verbindungen mit Österreich steht. — Mit gleicher Befriedigung wird die in der Reichstagssitzung vom 26. März auf die Interpellation des Reichstagsabgeordneten Genzel vom General-Postmeister gesagte Abänderung der internen Taxe für Waarenproben und Musterungen sowie für gebrückte Sachen unter Streifband in allen Kreisen aufgenommen werden, zumal die jehigen Taxbestimmungen hinsichtlich dieser Gegenstände zu vielfachen Klagen Anlaß gaben. Während z. B. eine Musterung im Deutschen Reichspostgebiet auch bei geringstem Gewicht 10 Pf. kostet, ist für dieselbe bei der Versendung nach England, Frankreich, überwiegend nach allen Ländern des Weltpostvereins nur 5 Pfennige, also nur die Hälfte der internen Taxe zu entrichten. Gleich wenig rationell ist die gegenwärtig für Drucksachen unter Streifband bestehende Taxe. Während für Drucksachen bis 50 Gramm 3 Pfennige Porto erhoben werden, steigt dies bei dem Gewicht von über 50 bis 250 Gramm sofort auf 10 Pfennige, was natürlich Geschäftslieute, Verlagsbuchhandlungen u. s. w. veranlaßt, Zeitungen u. dergl. zu theilen, wodurch allerdings dem Absender eine größere Unbequemlichkeit entsteht, wogegen die Postverwaltung trotz der ihr erwähnten Mehrleistung dennoch einen Einnahme-Aussatz erleidet. Hinsichtlich wird die in Aussicht gestellte Abänderung der als unzeitgemäß anerkannten Posttaxe recht bald eintreten und die Erleichterung dem Verband der Zeitungen unter Band bei der herannahenden Reise- und Badaison bereits zu gute kommen.

[Für Georginenfreunde.] Die Gärtnerei von Ludwig Pommel in Wehlen i. Sach., Specialcultur von Georginen, versendet ein neues Preis-Verzeichniß, das ca. 400 Nummern enthält. Der Besther, welcher im vorigen Jahre bei Gelegenheit des Journalistentages demselben ein aus den verschiedensten Farben zusammengesetztes, auf einem Brett befestigtes Sortiment von Georginen überreichte, besitzt das größte und reichhaltigste Sortiment in Sachsen, und ist bereits auf verschiedenen Ausstellungen mit dem ersten Preise ausgezeichnet worden.

○ Trebnitz, 24. April. [Feuer.] In der verflossenen Nacht, kurz nach 1 Uhr, brach in der Restauration des Buchenwaldes Feuer aus, welches an dem nur aus Windwerk bestehenden, mit Schindeln gedeckten Gebäude reichliche Nahrung findet, so rasch um sich griff, daß noch ehe Hilfe zur Stelle war (der Restaurateur wohnt in der Stadt), das ganze Gebäude mit dem Anbau und dem darin befindlichen Inventarium an Tischen, Stühlen, Flügel u. c. ein Raub der Flammen wurde. Der dem Restaurations-Pächter Bargel dadurch entstandene Schaden ist ein sehr bedeutender. Zum Glück hat der Wald selbst nicht gelitten; auch sind merkwürdiger Weise, die ganz in der Nähe der Restauration stehenden, herrlichen Exemplare von Buchen nicht beschädigt worden. — Über die Entstehung dieses Feuers verlautet bis jetzt nichts Gewisses.

=ch= Oppeln, 23. April. [Schlesische Lehrer-Versammlung.] Einen recht würdigen Abschluß des heutigen Festtages bildete die von Senator Müller mit auswärtigen und hiesigen Kästen, Abends 7½ Uhr, in der evangelischen Pfarrkirche veranstaltete Mußtaufführung, und das Publikum weiß es gewiß eben so wie die anwesenden Lehrer Herrn Müller Dank, daß er sich in dieser mühevollen Aufgabe mit rastlosem Eifer unterzogen hat. Das reiche Programm, welches Compositionen für die Orgel, Chorgesänge, Arien, Quartette, Violinstücke mit Orgelbegleitung, Duette, Soli von J. S. Bach, C. M. v. Weber, Mozart, Mendelssohn-Bartholdy, v. Seyfried, dem Concertgeber, Lachner, Reibhardt und Gäbler brachte, zeichnete sich zunächst durch die Wahl der Stände, dann aber durch angemessene Abwechslung aus, welche das zahlreiche Auditorium zu gewisser Aufmerksamkeit anregte. Wir können mit einem Worte die ganze Aufführung als eine sehr gelungene bezeichnen. — Der Rest des Abends ist gemütlicher Beisammensein gewidmet; für morgen früh 7½ Uhr ist ein Concert im „Gästekeller“, und Besichtigung der Anlagen von Wilhelmsthal in Aussicht genommen, wonächst ein nochmaliger Besuch der Lehrmittelaustrstellung den Abschluß der Festtage bilden soll.

A. Leobschütz, 23. April. [Unglücksfall.] — Concert. — Ein Nachacht. — Vor wenigen Tagen verunglückte ein Eisenbahnarbeiter auf der Strecke Leobschütz-Rosslau dadurch, daß er von dem bewegten Rollwagen herabstieg und dabei mit dem linken Fuße in die Räder geriet und eine Berqueschung des legeren Fußes davontrug. — Nächsten Sonntag kommt unter Mitwirkung auswärtiger und einheimischer Sänger das Oratorium „Paulus“ von Mendelssohn-Bartholdy zum Veitzen der Oktarmesse zur Aufführung, zu welchem Zweck die städtischen Behörden den großen Saal im Rathause bereitwillig zur Benutzung gestellt haben. Unsere „Liedertafel“ hat alles aufgeboten, uns mit jener Aufführung einen großen musikalischen Genuss zu bereiten. — In der verflossenen Nacht wurde in dem Hausschlüsse eines hiesigen Kaufmanns ein 70 Liter fassendes Fass Spiritus von ruchloser Hand dadurch entleert, daß das Spundloch geöffnet und das Fass selbst umgerollt wurde, in Folge dessen der Spiritus bis auf den leichten Tropfen auf die Straße floß. Heute wurde der der That Verdächtige und ein in Diensten des Kaufmanns stehendes Mädchen, welches in einem intimen Verhältnis zu jenem steht, polizeilich verhaftet. Es scheint ein Nachacht vorzuliegen. — Bei der nächsten an hiesigen Gymnasium im Monat Juli d. J. stattfindenden Abiturientenprüfung haben sich 30 Ober-Primaer gemeldet. Vor Schlus des Wintersemesters wurde den Schülern der Anstalt von ihren Ordinarien untersagt, buntsfarbige Mützen in jedem Umfang zu tragen, daß dadurch die einzelnen Klassen gekennzeichnet würden. Die äußere Veranlassung hierzu gab allerdings die massenhafte Bestellung solcher Mützen seitens der hiesigen Gymnasialisten bei den Kürschnern; ob eine berechtigte Begründung zu studentischen Extravaganzen anzunehmen, möchten wir bezweifeln, da gerade an unserem Gymnasium von dem verschieren Verbindungswesen keine Spur vorhanden, wenigstens das Lehrercollegium bisher derartige Ausschreitungen unter ihren Böglingen zu rügen noch nicht in die Lage gekommen ist.

[Notizen aus der Provinz.] + Gr.-Glogau. Der „Niederschl. Anz.“ meldet: Wie sehr nicht frisches Fleisch der Gesundheit der Menschen nachtheilig ist, beweist ein Vorfall, der sich vorgestern in einem bißigen Institut ereignete. Ein Knabe hatte von seiner Mutter ein Stück Fleisch erhalten, welches jedenfalls verdorben war; er teilte es mit mehreren Knaben, welche es zu rohen Beeststeaks bereiteten und verpeisteten. Sechs Knaben erkrankten unter Erscheinungen des Verdauungsleidens und nur den angestrengtesten Bemühungen des Arztes ist es zu danken, daß die Knaben, von denen drei ernstlich erkrankt waren, wiederhergestellt worden sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß sämtliche Knaben von dem Fleische, welches bereits gebraten haben soll, genossen haben; sie hatten dasselbe gelöfft und mit Butterbällen und Eißig zubereitet.

+ Leichenbach O.-L. Am 21. d. M. fand hier die Beerdigung des verstorbenen Militär-Invaliden Adam statt, an welcher sich die Mitglieder des hiesigen Militär-Begräbnis-Vereins beteiligten. Bei der Beschiebung über das Grab war, ohne daß es der Betreffende bemerkte, dessen Gewehr nicht losgegangen. Als derselbe sich nach Beerdigung der Beerdigungsfeier nach Hause begab, begegnete ihm der hiesige Arbeiter Hentschel, gegen welchen er scherhaft die Mündung des Gewehres richtete. In diesem Augenblick entlud sich die nur mit Pulver und einem Papierpropfen geladenen Waffe, wobei Hentschel so erheblich am Unterleib und an einem Bein verletzt wurde, daß er zusammenfiel und in seine Wohnung getragen werden mußte. Es ist dieser Vortag wiederum eine ernste Mahnung zum vorsichtigen Umgang mit Schießwaffen.

△ Wüstegiersdorf. Wie der hies. „Grenzbote“ hört, wird sich am 1. Mai noch ein Arzt und zwar Herr Dr. Ollendorf aus Breslau hier selbst niederlassen. Derselbe wird im Hause des Herrn Maler Rossek in Nieder-Wüstegiersdorf wohnen.

### Sprechsaal.

Die Polen und der Clericalismus.

+ Krakau, 21. April. Ihr Correspondent aus Posen brachte in letzter Zeit einen gebarnischen Artikel gegen die Polen des Großherzogthums, in welchem er sie zu fast willenslosen Werkzeugen des Clericalismus aus-



Fonds- und Gold-Course.

	86 G	86 G
Deutsche Reichs-Anl.	4	86 G
Consolidirte Anleihe.	41/2	165,00 brG
do. do. 1878	4	96,25 bz
Staats-Anleihe . . . .	4	96,20 bz
Staats-Schuldscheine.	31/2	92,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	137,70 bz
Berliner Stadt-Oblig.	41/2	102,20 bz
Berliner . . . .	41/2	101,40 bz
Pommersche . . . .	31/2	93,50 bz
do. do. 41/2	93,50 bz	93,50 bz
do. Lindsch.Crd.	41/2	102,40 bz
Posenische neuo . . .	4	94,70 bz
Schlesische . . . .	31/2	85,80 G
Landschaft. Central . .	4	95,10 bz
Kurh. u. Neumärk.	4	96 G
Pommersche . . . .	4	96 bz
Posenische . . . .	4	96,00 G
Preussische . . . .	4	95,75 bz
Westfäl. u. Ehein.	4	98,25 bzG
Sächsische . . . .	4	98,15 bz
Schlesische . . . .	4	98,15 bz
Sächsische . . . .	4	98,15 bz
Badische Präm.-Anl.	4	118,75 G
Bayerische 4% Anleihe	4	120,25 bz
Cöln-Mind.Prämiens.	31/2	110,90 G
Bächs. Rente von 1876	3	73,00 B
Kurh. 40 Thaler-Loose	240,00 G	bz
Badische 35 Fl.-Loose	136,60 G	bz
Braunschw. Präm.-Anleihe	52,20 B	bz
Odenburger Loose 138,00 B		
Ducaten —	Dollars 4,20 G	
Sover. 20,35 G	Oest. Bkn. 166 bz	
Napoleons 16,225 bz	do. Silbergd. 17,17 bz	
Imperial 16,67 G	Euss. Knkn. 194,10 bz	

Hypothen-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	108,00 B
Gubk. Pfld. d. Pr. Hyp. B.	41/2	95,00 bzG
do. do. 105,00 bzG	5	105,00 bzG
Deutsche Hyp.-Pfb.	41/2	94,50 G
do. do. 100,20 bz	5	100,20 G
Kindh. Cent.-Bod.-Cr.	41/2	100,40 G
Unkind. do. (1872)	5	101,90 bz
do. rückz. à 110 G	5	106,90 bz
do. do. 41/2	98,90 B	98,90 B
Sak. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	—
do. III. Em. do. 5	101,25 bzG	
Kindh. Hyp.-Schuld. C.	5	100 bz
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.E.	5	91,40 bz
do. do. Pfandb.	5	90,40 bz
Penna. Hyp.-Briefe.	5	98 B
do. do. II. Em. 5	94,50 B	
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,80 G
do. do. II. Em. 5	106,20 bz	
do. 50% Pfakalz.m. 110	5	100 bz
do. 41/2 do. m. 110	41/2	92,50 bz
Meiningers Präm.-Pfb.	4	104,50 G
Oest. Silberpfandb.	51/2	36,80 G
do. Hyp.-Crd.-Pfd.	5	82,50 G
Pfd. d. Oest.-Bd.-Cr.-Ge.	5	82,50 G
Schles. Bodener-Pfdr.	5	88,10 G
do. do. 41/2	93,25 G	
Südd. Bod.-Crd. 5	102,60 G	
do. do. 41/2	98,30 G	
Wiener Silberpfandb.	51/2	—

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-B. (2,1/2,7,41/2)	53,00 etbG	
do. 1/4,1/10	53,00 etbG	
do. Goldrente . . . .	40,60 brB	
do. Papierrente . . . .	41/2 50,30 etbG	
do. Bär Präm.-Anl.	4	
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	100,00 G
Credit-Los.	fr. 23,80 G	
do. Bär. Loose . . . .	fr. 24,20 G	
Russ. Präm.-Anl. v. 54.	5	138,60 G
do. do. 1866	5	138,50 bzB
do. Bod.-Crd.-Pfd.	5	68,00 bzB
do. Cent.-Crd.-Cr. Pf.	5	—
Gass. Poln. Schatz-Obl.	4	76,75 bz
Poln. Pfndr. III. Em.	60,25 bz	
Poln. Liquid.-Pfndr.	4	52,30 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	5	—
do. do. 1885	5	—
do. 50% Anleihe . . . .	5	101,30 bzB
Ital. neue 50% Anleihe . . . .	—	
Ital. Tabak-Oblig. . . .	5	—
Baah.-Grazer 100 Thlr. L.	4	68,40 bz
Rumän.-Anleihe . . . .	5	—
Türkische Anleihe . . . .	5	—
Ung. 50% St.-Eisn.-Anl.	5	67,70 B
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	
Finnische 10 Thlr.-Loose	35,50 bz	
Türken-Loose 23,10 bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	130,50 B	
do. III. v. St. 31/2	85,60 G	
do. do. VI.	99,60 G	
do. Hess. Nordbahn.	5	103,20 G
Berlin-Görlitz . . . .	5	
do. 41/2	91,50 G	
Breslau-Freib. L. DEF.	41/2	
do. Lit. G.	96,25 B	
do. do. J.	93,25 G	
do. do. K.	93,25 G	
do. von 1876	5	101,60 G
Böhm.-Minden III. Lit. A.	5	93,25 G
do. do. I. B.	100,00 G	
do. do. IV. B.	94,30 G	
do. do. V.	92,25 B	
Hannover-Altenbeken.	41/2	101,50 G
Märkisch.-Posener.	5	191,50 G
do. do. 50%.	96,30 G	
S.M. Staatsb. I. Ser.	4	95,75 B
do. do. II. Ser.	4	97,00 G
do. do. ObI. I. II.	4	95,50 G
Öberschles. A. . . .	4	94 B
do. B. . . .	31/2	85 G
do. C. . . .	4	—
do. D. . . .	4	—
do. E. . . .	31/2	85,40 bz
do. F. . . .	4	—
do. G. . . .	4	100,10 G
do. H. . . .	5	101,10 B
do. von 1869	5	101,00 bzG
do. von 1873	4	91,30 G
do. von 1874	4	100 B
do. Brieg.-Neisse.	4	—
do. Cosel.-Oderb.	4	94 G
do. do. 103,10 B		
do. Reichs-u. Co.-B.	4	—
do. Stargard.-Posen.	4	—
do. do. II. Em.	4	—
do. do. III. Em.	4	—
do. Ndrschl. Zwg.	31/2	77,50 G
Ostpreuss. Südbahn.	41/2	—
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	—
do. do. 99,75 B		
Schlesw. Eisenbahn.	41/2	—
Chemnitz-Komotau.	5	—
Dux-Bodenbach.	5	63,25 G
do. II. Emission.	5	65,00 brB
Prag-Dux.	fr. 18,60 G	
Sal. Carl.-Ludw.-Bahn.	5	65,90 bz
do. do. neue	5	64,80 bz
Kaschau.-Oderberg.	5	67,75 bz
Ung. Nordostbahn.	5	55,75 G
Ung. Ostbahn.	5	51,60 G
Lemberg.-Czernowitz.	5	65,25 G
do. do. III.	64,50 G	
do. do. III.	58,25 bz	
Mährische Grenzbahn.	5	50,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr. 18,60 G	
do. II.	15,50 G	
Kronpr. Budol.-Bahn.	5	64,60 G
Österr.-Französische.	32,70 G	
do. do. II.	31/2	
do. südl. Staatsbahn.	23,20 bzG	
do. neue	23/4	
do. Obligationen	5	78,10 bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	71,90 bz
Warschau-Wien II.	5	93,50 G
do. III. . . .	88,75 G	
do. IV. . . .	79,50 bzG	
do. V. . . .	72,40 bzB	

Wechsel-Course.

Amsterdam	190 FL	8 T. 3	185,60 bz
do. do.	do.	2 M. 3	167,85 bz
London I. Lstr.	3 M. 3	26,32 bz	
Paris 100 Frs.	8 T. 2	81,25 bz	
Petersburg 100 SR.	3 M. 31/2	193,40 bz	
Warschau 100 SR.	8 T. 31/2	183,90 bz	
Wien 100 FL	8 T. 41/2	165,60 bz	
do. do.	2 M. 41/2	164,85 bz	

Eisenbahn-Stamm-Aktionen

David. pro	1876	1877	ZL
Aachen-Maastricht.	1	4	18,10 bz
Berg.-Markische.	29/4	5	71,40 B
Berlin-Anhalt.	5	59/4	86,80 bzG
Berlin-Dresden.	5	9	11,75 bzG
Berlin-Görlitz.	5	9	13,50 bzG
Berlin-Hamburg.	11	111/2	174,25 bz
Berl.-Potsd.-Magd.	31/2	31/2	72,50 bz
B			